

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Thomas Weiner (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Verdacht auf illegale Vorbereitungen für Windräder im Pfälzerwald B. Genehmigung

Die **Kleine Anfrage 1180** vom 31. Oktober 2012 hat folgenden Wortlaut:

Die Tageszeitungen Die Rheinpfalz (am 23. Oktober 2012 und 27. Oktober 2012) und Pirmasenser Zeitung (am 27. Oktober 2012) berichten über ungewöhnliche Baumaßnahmen im Naturpark Pfälzerwald nahe dem beliebten Ausflugsziel „Luitpoldturm“. Breite Schottertrassen mit ungewöhnlich massivem Unterbau sowie ein fußballfeldgroßer geschotterter Platz seien an Stellen im Wald gebaut worden, an denen keine Holzabfuhrwege benötigt, aber Windräder geplant seien. Selbst in Kreisen von Mitarbeitern von Landesforsten würden diese neuen Wege als Vorbereitung für die Aufstellung von Windrädern angesehen. Die offizielle Begründung, es handele sich um Holzabfuhrwege, sei reine Tarnung, denn in den betreffenden Bereichen gebe es gar keine Bäume, die in den nächsten Jahren zum Einschlag und Abtransport anstünden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Informationspflicht und Genehmigungsverfahren gelten für Forstwirtschaftswege?
2. Falls Wege und Plätze nicht allein für forstwirtschaftliche Nutzung, sondern z. B. für die Mitnutzung durch private Dritte (z. B. Windkraft) vorgesehen sind oder sogar speziell im Hinblick auf Schwertransporte für private Dritte gebaut oder ertüchtigt werden, gelten dann andere Informations- und Genehmigungsvorschriften?
3. Falls ja – wurden die entsprechenden Gremien und Träger öffentlicher Belange bei den Neu- und Ausbauten, die in den letzten 18 Monaten im Bereich der Pfälzerwaldes erfolgten, in allen Fällen ordnungsgemäß beteiligt?
4. Wieso gibt es bei Straßenbaumaßnahmen selbst bei geringfügigen Verbreiterungen oder Kurvenbegradigungen die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (z. B. Naturschutzverbände) und umfangreiche Untersuchungen der zu fällenden Bäume, z. B. um Brutbäume von Spechten und Fledermäusen zu schützen, aber beim Ausbau von straßenähnlichen Forstwirtschaftswegen nicht?
5. Wie beurteilt die Landesregierung derart massive Wege- und Platzbaumaßnahmen in der unmittelbaren Nähe einer Kernzone, die als Quellgebiet der Wieslauter im Frühjahr des Jahres noch als Nationalpark im Gespräch war?

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. November 2012 wie folgt beantwortet:

Das MAB-Nationalkomitee („Man and Biosphere“) der UNESCO hat sich im September 2012 in einem Positionspapier ausführlich zur Nutzung von Windkraft in Biosphärenreservaten geäußert. Danach sind Kern- und Pflegezonen der Biosphärenreservate entsprechend ihrer Entwicklungsziele vollständig von der Windenergienutzung freizuhalten. In Entwicklungszonen – soweit sie nicht durch rechtlichen Schutz von einer Windenergienutzung ausgeschlossen sind – ist die Windkraftnutzung bei Einhaltung hoher Standards möglich. An diese Grundlage und Empfehlung hält sich das Land Rheinland-Pfalz. Es sollten daher in diesem Zusammenhang keine Begriffe wie „illegal“ verwendet werden.

b. w.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die Kleine Anfrage 1180 des Abgeordneten Thomas Weiner (CDU) namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Grundlage für die Planung, den Bau und die Instandhaltung von Waldwegen sind die Richtlinien für den ländlichen Wegebau. Die Wegeunterhaltung stellt grundsätzlich keinen Eingriff dar. Im Rahmen von Bau und Ausbau von Waldwegen ist die untere Naturschutzbehörde zu beteiligen.

Zu Frage 2:

Soweit der Bau und Ausbau von Plätzen und Wegen nicht einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft dienen, gelten andere Anforderungen. Erschließungsmaßnahmen zur Errichtung von Windenergieanlagen sind Bestandteil des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Die einschlägigen Informations- und Genehmigungsvorschriften sind zu beachten, die Träger öffentlicher Belange sind zu beteiligen.

Zu Frage 3:

Es sind keine Wegebaumaßnahmen für nicht forstliche Zwecke bekannt.

Zu Frage 4:

Ordnungsgemäße Forstwirtschaft ist forstwirtschaftliche Bodennutzung, die nach den gesicherten Erkenntnissen der Wissenschaft und den bewährten Regeln der forstlichen Praxis den Wald nutzt, verjüngt, pflegt und schützt. Sie erfordert zur dauernden Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und zur Erhaltung des Lebensraumes eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt.

Forstwirtschaftliche Maßnahmen unterscheiden sich insofern deutlich von Maßnahmen im Straßenbau und umfassen regelmäßig das Fällen von Bäumen; insbesondere auch der Schutz von Höhlen- und Horstbäumen wird beachtet.

Zu Frage 5:

Wegeunterhaltung und Ausbaumaßnahmen sind Bestandteil einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung. Darüber hinausgehende Erschließungsmaßnahmen für Windenergieanlagen sind im Rahmen eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens gesondert zu genehmigen.

Ulrike Höfken
Staatsministerin